



Nr. 192. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 27. April 1875.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 26. April.)

11 Uhr. Am Ministerialer Tisch, Dr. Förster und Dr. Barth.

Vor der Tagesordnung erhält Abg. Windhorst (Meppen) das Wort: Mit Rücksicht auf eine neulich hier vorgekommene Verhandlung habe ich vom kaiserlichen Generalpostamt folgendes Schreiben erhalten: Em. Hochwohlgeboren haben in der 37. Sitzung vom 6. April bezüglich einer Petition aus Hildesheim bemerkt, daß, wenn diese vom 10. März datirte Petition erst am 20. März eingetroffen, Sie die Post für solche Versäumnis verantwortlich machen. Diese Aeußerung hat Veranlassung gegeben, über den Sachverhalt nähere Ermittlungen anzufordern. Nach diesen Ermittlungen ist die Petition bereits am 12. März dem Bureau des Abgeordnetenhauses präsentiert worden, eine Bezugnahme Seitens der Post hat also nicht stattgefunden. Ich glaube den Intentionen des Generalpostamts zu entsprechen, wenn ich dieses Schreiben hier verlese; es ist mir ein erneuter Beweis von der Pünktlichkeit, mit der die Geschäfte im Generalpostamt wahrgenommen werden. (Heiterkeit).

Dann setzt das Haus die zweite Beratung des Gesetz-Entwurfes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden fort. Der Referent Gneist bittet in einem Schreiben, ihn für den Anfang der heutigen Verhandlung durch den Vorsitzenden der Commission, Abg. Kannegiesser vertreten zu lassen, da er der Gründungssitzung der Reichstagscommission für die Justizgesetze beitragen muß.

Die Beratung steht vor dem § 5, der, wie die folgenden bis § 21, vom Kirchenvorstande handelt. § 5 lautet: „Der Kirchenvorstand besteht: 1) in Pfarrgemeinden aus dem Pfarrer, in Filial-, Kapellen- u. Gemeinden, welche eigene Geistliche haben, aus dem der Amtierung nach ältesten; 2) aus mehreren Kirchenvorstehern, welche durch die Gemeinde gewählt werden; 3) in dem Falle Hess § 41 aus dem dafelbst bezeichneten Berechtigten oder dem von ihm ernannten Kirchenvorsteher.“ (Der allegierte § 41 handelt von dem Rechte des Patrons, selbst in den Kirchenvorstand einzutreten oder einen Kirchenvorsteher zu ernennen).

Abg. Dauzenberg erlärt sich gegen diesen Paragraphen, der die befreite Stellung des Pfarrers bei der Vermögensverwaltung zerstört; man sei aber überhaupt der Geistlichkeit nicht hold, was auch einzelne Aeußerungen in der Commission bewiesen hätten. Sie habe z. B. der Abg. Jung den Pfarrer ein historisches Uebel genannt, ein Ausdruck, der leines Commentars bedürfe; die eigenthümlichen Freiheitsbestrebungen dieses Abgeordneten seien in den kirchlich gesetzten Kreisen und besonders bei den Pfarrern auf Widerstand gestoßen. Der Abg. Haude, der sich immer noch als römisch-katholischer Christ gerät, habe trotzdem gesagt, er sei ein Feind der Pfarrer, und der Abg. Wehrenpfennig habe in der Commission gesagt, die Pfarrer dürften keine Neigung haben, sich mit weltlichen Angelegenheiten zu befassen; Redner giebt dagegen dem Abg. Wehrenpfennig den Rath, sich mit katholischen Angelegenheiten nicht vom so prononciert lutherischen Standpunkt aus zu befreien. Wenn man diesen Standpunkt nicht verleiße, könne überhaupt kein Friede zu Stande kommen.

Abg. v. Sybel: Ich halte es nicht für richtig, individuelle Aeußerungen aus den Commissionsverhandlungen in die Öffentlichkeit zu bringen. (Widerspruch im Centrum. Sehr wahr! links.) und mitschließe auch den seit Jahren eingerissenen Brauch, daß während der Dauer der Commissionsverhandlungen über deren Inhalt Mittheilungen an die Presse gelangen. Was den Paragraphen selbst angeht, so bin ich kein Freund von geistlichem Einfluß in Vermögenssachen. Wenn die Herren vom Centrum es ablehnen, auf die ältesten Zeiten zurückzugehen, so ist das sehr begreiflich; denn die Erscheinungen der ersten Jahrhunderte treten ihren Ansichten überall unheilig in den Weg. (Sehr richtig! links.) Schon der Erzbischof Cyriacus von Alexandria sagt in einem Briefe, es verzehe ihn in die äußerste Verümmung, daß man von den Bischöfen Rechnungslegung verlange. (Heiterkeit.) Auf diesem Boden stehen die Herren heute noch. Wenn sich die Herren auf die historische Entwicklung befreuen, so leuchtet doch ein, daß die Entwicklung im 19. Jahrhundert nicht still zu stehen braucht.

Warum sollten nicht die bisherigen Kirchenvorsteher dem Bischof gegenüber eine gewisse Selbstständigkeit erhalten haben? Warum sollten sie nicht im 19. Jahrhundert in ein lebendiges Verhältniß mit der Gemeinde treten, deren Besitzthum sie verwalten? Warum sollte nicht das repräsentative Prinzip auch auf diesem Gebiete durchdringen? Den Nachweis, daß die vorgeschlagenen Einrichtungen den Gemeindeinteressen schaden und das Interesse der Kirchenbehörden verflümmeln, haben Sie (im Centrum) noch nicht gebracht. Wenn uns gesagt wird, wir sollten doch so vernünftig sein, wie das englische Parlament, so stellen sich die Herren vom Centrum gerade auf den Standpunkt, den sie im Übrigen verhorresieren, daß die historische Entwicklung auch im 19. Jahrhundert eine berechtigte ist. Das englische Parlament hat vom 16. Jahrhundert an sich fortwährend von dem Standpunkt eines absoluten Verbotes jeder öffentlichen Regung der katholischen Kirche, zu dem Standpunkt der Gleichberichtigung der katholischen Unterthanen und heute zu dem Standpunkt einer tiefen Gleichgültigkeit gegen alle religiösen und kirchlichen Fragen. Ich würde dem englischen Volle von Herzen, daß es noch lange in der Lage bleiben möge, diese Gleichgültigkeit kirchlichen Dingen gegenüber sich bewahren zu können. Ich würde mich gefreut haben, wenn die Collegen im Centrum uns ihr Gesinnungsgegenossen es der preußischen Regierung und dem Abgeordnetenhaus ebenfalls möglich gemacht hätten, den Standpunkt der Gleichgültigkeit inne zu halten, wenn Sie (im Centrum) nicht die Regierung und die Landesvertretung genötigt hätten, zur Aufrechterhaltung der nationalen Interessen und der Unabhängigkeit unseres Staates die Schritte zu thun, die Sie missbilligen. (Widerspruch im Centrum; Beifall im übrigen Hause.)

Abg. Franz: Der Paragraph enthält noch einen kleinen Anfang an kirchliche Vorstellungen; denn nicht die Interessen der Kirche soll dieser Entwurf wahren, sondern es handelt sich darum, die berechtigten Eingriffe der kirchlichen Organe möglichst abzuhalten; der Paragraph macht aber den Eindruck, daß man den Pfarrer nun einmal als historisches Uebel beibehalten muss. Es ist den destruktiven Tendenzen noch nicht gelungen, die Autorität des katholischen Pfarrers zu brechen; aber Sie irren sich sehr, wenn Sie glauben, daß die Kirchenvorstände willlose Werkzeuge in der Hand des Pfarrers seien; diese Ansicht kann nur auf dem Mangel an Erfahrung bei den Commissionsmitgliedern beruhen. Die Kirchenvorsteher haben ihre Rechte schon oft dem Pfarrer gegenüber bei der kirchlichen Behörde erstritten; wenn einige sich zu sehr dem Willen des Pfarrers gefügt haben, so liegt das nicht im Institut, sondern an den Personen. Nebstdem enthält dieser Paragraph eine Schädigung der Rechte des Patrons. Während der Patron früher das Recht hatte, alle Laien des Kirchenvorstandes zu ernennen, während ihm jetzt nur die Ernennung eines Mitgliedes oder der persönliche Eintritt zusteht. Vor der Rechnungslegung hat man sich niemals gefügt, aber man wollte nicht den nicht berechtigten weltlichen Behörden Rechnung legen. Das Recht, die Rechnungen zu prüfen, haben zuerst die byzantinischen Kaiser gefordert, aber man sah bald, daß dies nicht zum Nutzen der Kirche, sondern nur zum Nutzen des Staates geschah; und ein Brief des Papstes Leo, des Heiligen, protestiert ausdrücklich gegen eine solche Rechnungslegung. Einer Entwicklung wird sich die Kirche nicht verschieben, aber es müssen die unveränderlichen kirchlichen Prinzipien aufrecht erhalten werden. Es scheint aber beständig, den Gemeinden in kirchlichen Dingen ein Wahlrecht einzuräumen; Wahlrechte haben sie genug, aber wenig Freiheit.

Abg. Jung: Ich habe nichts dagegen, daß Aeußerungen aus den Comissionen hier vorgebracht werden; aber dann wäre es doch loyal, die Absicht einer solchen Mittheilung dem betreffenden Abgeordneten in der Comission gleich anzukündigen. Denn dort hat die Beratung den Charakter einer Conservation, und eine einzelne Aeußerung nachträglich zu konstatiren ist sehr schwer. Aber ein dort gefallenes Wort verdrehen oder verkehrt anzuwenden, ist durchaus illoyal. Ich läugne auf das Allerentschiedenste, gesagt zu haben, der Pfarrer ist ein historisches Uebel; ein solcher Unsun ist mir niemals in den Kopf gekommen. Ich kann gesagt haben: ein herrschsüchtiger Geistlicher, der sich gegen die Gesetze des Staates auflehnt und seine Gemeinde aufreizt, das ist nicht nur ein historisches, das ist ein ewiges

Uebel. Aber den wahren Geistlichen, der seine Stellung würdig ausfüllt, Religion, Sitte und Moral lehrt, für ein Uebel zu erklären, das liegt mir sehr fern. Im Gegenteil, ich betrachte die Kirche, die gesunde Grundsätze lehrt und ihre Pfarrer zu wahren Aposteln der Civilisation, der Sitte und Moral macht, als eines der größten Culturmittel der Welt. Meine Meinung, die ich auch in der Commission aussprach, ist, daß der Pfarrer an und für sich der einzigste Vertreter der Kulturerfordernisse des Cultus und der Kirche ist und daß man es ihm nicht Uebel nehmen kann, wenn er nach dem Spruch von den Schädeln, welche die Motten verzeihen, die finanziellen Kräfte der Gemeinde sehr gering achtet und sich wenig um ihre Pflege kümmert. Vom Standpunkte der Gemeinde, des Staates und der Volkswirthschaft ist daher die präpondante Stellung des Geistlichen im Kirchenvorstande nicht zu wünschen, vielmehr als Uebel zu betrachten. Aber selbst der herrschsüchtige Geistliche ist ein notwendiges Uebel als Mitglied des Kirchenvorstandes, er muß dabei sein, wir können ihn nicht ausschließen. Man muß ihn wählbar machen oder zum geborenen Mitgliede des Vorstandes machen. „Dies ewige Wählen“, klagt der vorige Redner, und man möge doch den Gemeinden lieber mehr Freiheit geben. Aber was war denn die bisherige Freiheit der Gemeinden, besonders nach dem Kirchenfabrikat Napoleons, über welches sich die Geistlichkeit nie beschwert hat, und was der Einfluß des Staates?

Ursprünglich ernannte der Bischof 5 Mitglieder des Kirchenvorstandes, 4 der Präfect und diese 9 ergänzten sich nachher aus sich selbst, d. h. eine Oligarchie mit Selbsterneuerung, wobei man nicht weiß, ob das präfectoriale oder bishöfliche Element sich mehr fortgesetzt hat, die aber sicherlich dem marasmus senilis verfallen musste, wie Familien degeneriren, die fortwährend unter sich heiraten. Statt dessen empfiehlt die Vorlage die freie Wahl der Gemeinde, und nun sagen Sie: wir geben der Gemeinde keine Freiheit und griffen in die ursprünglichen Rechte der Kirche ein, als ob es nicht ein unglaublich größerer Eingriff gewesen wäre, wenn der Präfect 4 Mitglieder des Kirchenvorstandes ernannte. Und darüber hat sich doch nie einer Ihrer Bischöfe beschwert. Sind Ihnen die Gemeinden wirklich so gehorsam und in allen Dingen der Kirche unterwürfig, so hindert sie Niemand, im Sinne der Bischöfe und Pfarrer zu wählen, und aus der Facultät zu wählen folgt doch unmöglich eine Beschränkung der Freiheit der Gemeinden.

Abg. Windhorst (Meppen): Es wird immer so dargestellt, als ob man auf unserer Seite nicht geneigt wäre, die Gemeinde an der Verwaltung des Vermögens teilnehmen zu lassen. Diese Meinung ist absolut unrichtig, eine tendenziöse Behauptung, dazu bestimmt, über unsere Absichten zu täuschen. Wir wollen einen angemessenen Einfluß der Gemeinde eintreten lassen; das kann aber nicht der Staat aus sich allein machen. Eine Rechnungslegung und Controle hat immer in der Kirche bestanden, ebenso wirksam wie die des Staates in anderen Gemeindeleichen. Missbräuche sind auch in der weltlichen Gemeinde-Verwaltung vorgekommen und der Cultusminister braucht sich nicht so viel Mühe zu geben, durch anonyme und nicht anonyme Berichterstattung Material herbeizuschaffen; es ist gar nicht schwer, derartige Denunciations zu ermuntern. Unsere Bemühungen richten sich nur gegen den Apparat, den man über die Gemeinde stellt, gegen den umgemesenen Einfluß des Staates. Das ist keine Selbstverwaltung, sondern heißt nichts Anderes, als der Kirche Alles entziehen und unter den Staat zu bringen, den sie heute lieben, weil Sie das Regiment führen, den Sie morgen hassen werden, wenn Sie es nicht mehr führen werden. Der Abg. v. Sybel hat eine Exhortation an das englische Parlament erlassen; ich kann nur sagen, bei der jetzigen Lage der englischen Verfassung würde man in England ein Hohngelächter aufschlagen, wenn man einen solchen Entwurf lesen würde.

Ministerialdirektor Dr. Förster: Wenn der Vorredner sagte, daß es der Regierung nicht schwer sei, derartige Denunciations zu ermuntern, so kann ich sagen: Der Staatsregierung ist es niemals in den Sinn gekommen Denunciations zu ermuntern. Wenn er ferner gesagt, der Staat sei nicht allein zu dem Erlah solcher Gesetze befugt, so kann ich nur erwidern, daß nach preußischem Staatsrecht die Gesetzgebung beruht auf der Übereinstimmung der beiden Häuser des Landtages und der Krone und daß außerhalb dieser Organe es keine Factoren gibt, die an der Gesetzgebung teilzunehmen haben. Es handelt sich um eine Gesetzgebung, welche für die kirchlichen Geschäfte der Kirche, mit denen sie in die bürgerliche Rechtsordnung eintritt, die vertretenden Organe schafft. Diese Angelegenheit hat und kann sich die Staatsgesetzgebung niemals entziehen lassen. Der Vorwurf, daß sich das Gesetz um das bestehende Recht nicht kümmert, scheint mir dafür zu sprechen, daß man die Motive nicht eingehend gelesen hat, in denen angesiedelt ist, wie der jetzige Rechtszustand ist. Es sind schon vielfache Anknüpfungen für die Prinzipien dieses Entwurfes vorhanden; es ist aber gegenüber unserem preußischen Landrechte Seitens der bishöflichen Behörden das Recht infosfern gebrochen, als man dahin gewirkt hat, daß die Organe der Gemeinde theils im Absterben sind, theils in eine schiefe und unabhängige Stellung gebracht wurden.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Der Herr Abg. Windhorst hat es ebenso wenig, wie ich, einsehen können, warum seine Collegen aus dem Centrum gegen diesen unschuldigen Paragraphen, welcher den Pfarrer zum geborenen Pfarrer vertretenden Mitgliede des Kirchenvorstandes macht und der Gemeinde das Recht zur Wahl von Kirchenvorstehern giebt, zu polemisierten. Er hat deshalb nur gesagt, es sei tendenziös, wenn man etwa sagen wolle, seine Partei sei gegen die Rechte der Gemeinden; er kämpft besonders gegen den Apparat über den Gemeinden. Hier haben wir aber mit diesem Apparat gar nichts zu thun und der Widerstand Ihrer Collegen gegen den § 5 liegt nicht an dem Widerstand gegen den Apparat der staatlichen Aufsichtsbehörden, sondern an dem Widerstand gegen die gewählten Kirchenvorsteher und es ist eine für mich unverständliche Clausel, wenn Herr Abg. Windhorst erklärt, daß er der Vertheidiger der Freiheit der Gemeinden ist und nur dagegen austreten will, weil der Staat ihnen diese Freiheit geben will. Wenn der verehrte Herr nur einige Chancen dafür gäbe, daß die katholische Hierarchie vielleicht in den nächsten Monaten das nachholte, was sie seit anderthalb Jahrtausenden nicht gethan hat, dann würden wir möglicherweise warten, bis die freimaurerische Kirchenverfassung resp. Gemeindevertretung fertig würde, auf die der Abg. Windhorst uns Aussicht macht. Sie im Centrum, die Partei für Freiheit, Wahrheit und Recht (große Heiterkeit), Sie nehmen heute dieselbe Stellung ein, welche die Vertreter des absoluten Staates einnahmen, als es sich darum handelt, den preußischen Staat zu einem constitutionellen zu machen. Ich bin wirklich verwundert darüber, daß Sie so oft es ausgesprochen, daß Ihre sogenannte göttliche Kirchenverfassung sich mit Wahlen in der Gemeinde nicht verträgt. Bis zum 13. Jahrhundert, so wurde in der Commission erläutert, haben die Bischöfe allein veraltet, dann war die Verwaltung so ausgetrieben geworden, daß es notwendig war, Organe der Verwaltung — die jedoch die Bischöfe ernannten — zu nehmen. Ausdrücklich wurde dabei gesagt, die Wahl habe keine Stelle in der katholischen Kirchenverfassung. Es ist mir unbegreiflich, daß Sie den Zusammenshang jener Kirchenverfassung mit der Culturentwicklung überhaupt begreifen. Warum entwickelte sich denn die katholische Kirche zu einer Episkopalverfassung mit immer stärkerer Jurisdiktion aller Gemeinderechte, warum war sie denn eine Feudal aristokratie mit Primat an der Spitze, warum war sie eine Monarchie und entwickelte sich in neuester Zeit immer mehr und mehr zu einer absoluten Monarchie.

Das entsprach vollständig den politischen und den Culturverhältnissen. Heute schleppen Sie den alten Absolutismus noch mit sich herum, der entsprechend war dem Absolutismus der Staaten im 16. und 17. Jahrhundert, und Sie begreifen nicht, daß es unmöglich ist, Ihre Kirchenverfassung festzuhalten gegenüber der politischen Reorganisation. Glauben Sie, daß man Formen der Selbstverwaltung im Staate schaffen, bürgerliche Gemeinfreiheiten geben und Städteordnungen machen kann, die die Leute selbst ihre Angelegenheiten zu vertreten gewöhnen, wie sie daneben in unwürdiger Knechtschaft gedrängt halten? (Bravo! links; lebhafter Widerspruch im Centrum.) Meine Herren! wenn Sie vorsichtig handeln wollten — der Abg. Dauzenberg hat mir ja auch Rathschläge erteilt — so würden Sie nicht die freie Wahl in der Gemeinde als unverträglich mit der katholischen Kirchenverfassung als einer göttlichen Institution erklären, denn die Entwicklung zu diesem freien Wahlrecht hin können Sie nicht hindern, wenn auch vielleicht der Einfluß der Bischöfe die Mehrzahl der Gemeinden noch einige Jahre

der Bildung dieser Organe abhalten wird. Die im preußischen Staate erungene constitutionelle Freiheit auf der einen Seite und der kirchliche Absolutismus auf der anderen vertragen sich nicht; Sie kämpfen vergebend, denn diese Art der Hierarchie ist nicht in einem freien, sich selbst regierenden Volk festzuhalten. Wenn der Vorwurf des Abg. Dauzenberg wahr wäre, daß ich in einer exclusiv-prononciert-lutherischen Weise mich in der Commission gerichtet hätte, so würde ich mir selbst den schwersten Vorwurf machen, denn hier hat Jeder als Vertreter des ganzen preußischen Volkes, nicht als Anhänger einer bestimmten Confession aufzutreten. Nun war aber die Lutherische Kirche in Folge des Pastorenthums unter dem Schuh der verschiedenen Territorialfürsten drei Jahrhunderte lang einer freien Gemeindevertretung ebenso abgeneigt, wie die katholische; erst in neuester Zeit sind wieder mit Hilfe des Staates die ersten Ansätze davor gemacht und diese Ansätze sind Übertragungen aus der reformierten Kirche, die bei uns am wenigsten vertreten ist und nur einen kleinen Theil im preußischen Staate bildet.

Nicht als Angehöriger einer bestimmten Confession, sondern als Abgeordneter halte ich es allerdings für meine Pflicht nach dem Maße meiner schwachen Kräfte mit dafür zu sorgen, daß zwischen den Formen der Freiheit im Staat und zwischen den Verfassungen der Kirche wenigstens der direkte Widerspruch aufgehoben wird. Ließen wir ihn bestehen, so würden wir entweder das Schicksal der romanischen Völkertheile über deren politische Institutionen oder Spanien unsere politische Freiheit verlieren, — oder wir müßten dahin kommen, daß wir Ihre Kirchenverfassung weichen, weil sie mit unserem ganzen politischen Leben in Widerspruch steht, zerbrechen und heute, m. h. und, so lange es möglich ist, so etwas nicht zu sagen, werde ich es nicht sagen. (Beifall links.)

Damit schließt die Discussion Abg. Haude (persönlich): Der Abg. Dauzenberg hat eine Aeußerung von mir in der Commission widergegeben, die ich kein sonderlicher Freund der Geistlichkeit bin. Ich nehme kein Wort davon zurück, ich bin bereit, Familiengeschichten zu erzählen, die dieses Gefühl vollständig motivieren, muss aber constatiren, daß ich mit diesen Worten einen kurzen Vortrag eingeleitet habe, in dem ich mich dafür aussprach, den Pfarrer als geborenes Mitglied des Kirchenvorstandes zu lassen, und daß der Abg. Wehrenpfennig mit Bezug auf diese meine Worte sich von seinem protestantischen Standpunkt auch dafür erklärte.

Abg. Dauzenberg: Der Abgeordnete v. Sybel hat es bemängelt, daß ich Aeußerungen aus der Commission mitgetheilt habe. Dazu habe ich das Recht, einmal, weil solche Aeußerungen als Motive des Herrn für ihre Ansicht aufgefaßt werden müssen, und dann, weil die Verhandlungen in der Commission öffentlich sind. Die Worte des Abg. Jung habe ich nicht verdeckt, sondern nach einem wörtlichen Notat citirt, und ich freue mich, daß er mit der Zurücknahme seiner Worte hier im Hause den Anfang zu seiner Befreiung noch nicht gemacht hat (Vizepräsident Loewe bittet, derartige Einschaltungen zu unterlassen), hat mir die Worte in den Mund gelegt, daß er prononciert lutherisch vorgegangen sei. Diese Worte habe ich nicht gebraucht, ich habe auf die Bemühungen eines Mannes in England hingewiesen, mit denen der Abg. Wehrenpfennig sehr sympathisiert, und nur des no-popery-Geschreies gedacht.

Abg. Wehrenpfennig: Der Abgeordnete v. Sybel hat es bemängelt, daß ich Aeußerungen aus der Commission mitgetheilt habe. Dazu habe ich das Recht, einmal, weil solche Aeußerungen als Motive des Herrn für ihre Ansicht aufgefaßt werden müssen, und dann, weil die Verhandlungen in der Commission öffentlich sind. Die Worte des Abg. Jung habe ich nicht verdeckt, sondern nach einem wörtlichen Notat citirt, und ich freue mich, daß er mit der Zurücknahme seiner Worte hier im Hause zu seiner Befreiung noch nicht gemacht hat (Vicepräsident Loewe bittet, derartige Einschaltungen zu unterlassen), hat mir die Worte in den Mund gelegt, daß er prononciert lutherisch vorgegangen sei. Diese Worte habe ich nicht gebraucht, ich habe auf die Bemühungen eines Mannes in England hingewiesen, mit denen der Abg. Wehrenpfennig sehr sympathisiert, und nur des no-popery-Geschreies gedacht.

Abg. Wehrenpfennig findet die Alstrik sehr wunderbar, die eine solche Veränderung der Worte hervorgebracht hat. Abg. Dauzenberg stellt wiederholte in Abrede die ihm vorgeworfenen Worte gebraucht zu haben.

Ref. Abg. Kannegiesser: Es liegt im Charakter der Commissionsverhandlungen, daß sie nur einen vertraulichen Austausch der Meinungen bilden. Ein Widerspruch des gewählten Kirchenvorstandes mit der Verfassung der katholischen Kirche kann schon mit Rücksicht auf die Zustände in Hessen, Nassau u. i. w. nicht zugegeben werden. Auf die Aeußerung: die Mehrheit der Commission ginge heute mit dem Staat und würde morgen den Staat bauen, wenn er das Entgegengesetztheit thue, antwortet ich: Wir lieben den Staat von unsern Vätern her, wir können die jeweilige Staatsregierung beklagen, den Staat niemals.

§ 5 wird angenommen.

§ 6 lautet: „Die Zahl der für jede Gemeinde zu wählenden Kirchenvorsteher beträgt in Gemeinden bis 500 Mitgliedern vier, bei mehr als 500 bis 2000 Mitgliedern sechs, bei mehr als 2000 bis 5000 Mitgliedern acht, bei mehr als 5000 Mitgliedern

vertreibt die seiner Verwaltung unterstehenden Vermögensmassen und die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung.

Abg. Stas biegt sich über „die wenig objective Art und Weise der Verherrlichung des Referenten“, begegnet jedoch lebhaftem Widerspruch im Hause und wird auch von dem Vicepräsidenten Dr. Löwe, der gerade den Vorsitz führt, darauf aufmerksam gemacht, daß die von ihm gegen ein Mitglied des Hauses ausgesprochenen Vorwürfe der parlamentarischen Ordnung zu widerstreben.

Abg. Stas kommt hierauf nochmals auf den schon bei § 3 im Hause erörterten Begriff „Kirchenvermögen“ zurück und führt insbesondere aus, daß nach der Wortschaffung des § 3 auch die Einnahmen aus Collecten zu dem Vermögen der Kirchengemeinde gehören, in welcher die Collecte veranstaltet wird, was den thätsächlichen Verhältnissen widerspreche. (Redner wird wiederholt von Rufen: „Zur Sache!“ unterbrochen.) Der Kirchenvorstand könne doch nur das Vermögen der Gemeinde, von welcher er gewählt ist, nicht das einer fremden Gemeinde verwalten.

Abg. Thissen kommt auf die in der letzten Sitzung von dem Abg. Petri gemachte Anführung zurück, daß in der Diözese Limburg die Geistlichen gehalten seien, einen Theil ihrer Einkünfte in den Centralkirchenfonds abzuliefern und bemerkt dagegen: Das Appellationsgericht in Kassel hat wiederholt entschieden, daß Kirchen und Kapellen rechtlich seien und als solche einen Vorstand nicht nötig hätten; sie können also auch selbst Eigentum erwerben. Ein ähnliches Erkenntniß hat das Appellationsgericht in Wiesbaden 1867 erlassen. Das Ordinariat von Limburg befand sich also in dem vom Abg. Petri neulich verlesenen Schreiben vollkommen auf rechtlichem Boden. Das aber Geistliche, welche ein bestimmtes Einkommen haben, einen Theil desselben in den Centralkirchenfonds abliefern müssen, beruht auf der Bestimmung eines Edicts vom October 1827, also auf staatlicher, nicht kirchlicher Vorschrift.

Abg. Petri: Nach nassauischem Particularrecht ist die Kirchengemeinde unbestritten die Eigentümerin des Kirchenvermögens und es haben sich alle nassauischen Juristen über das von dem Vorredner angeführte Erkenntniß des Appellationsgerichts zu Wiesbaden sehr gewundert. Nach dem Edict von 1827 muß in den Centralkirchenfonds ein jährlicher Zuschuß aus den Einkünften und Brüsten abgeleitet werden. Abgesehen von dieser Bestimmung werden aber von dem bischöflichen Ordinariate noch andere Abzüge von den Einkünften der Brüder gemacht und von den Brüderinnenhabern eingefordert. Ich weiß dies durch die Mittheilung eines Geistlichen, der selbst bestimmte Abgaben leisten mußte. Oft entsteht über den Betrag dieser Abgaben ein unerquidlicher Streit zwischen den betreffenden Geistlichen und den bischöflichen Behörde, so daß in der nassauischen Presse sogar von Simonie gesprochen wurde.

Referent Gneist: Mit der schärfsten Aufmerksamkeit habe ich mich bemüht, den Zusammenhang der stattdgegebenen Verhandlungen mit § 8 zu finden; er ist mir aber unerhörlich geblieben. (Heiterkeit.) Ein Widerspruch gegen § 8 ist meines Wissens nicht hervorgetreten und ich bitte Sie, den § 8 anzunehmen.

§ 8 wird genehmigt.

Nach § 9 hatten die Mitglieder des Kirchenvorstandes für die Sorgfalt eines ordentlichen Haussvaters.

Abg. Münzer: Der Grundsatz, welchen der § 9 aussiebt, ist von der bisherigen Verwaltung stets beobachtet worden und ihn trotzdem in das Gesetz aufzunehmen, heißt ein Mißtrauen gegen die bisherige Verwaltung aussprechen, welches dieselbe nicht verdient. Ich werde deshalb gegen § 9 stimmen.

Abg. Petri: Es ist doch eine merkwürdige Logik, gegen § 9 deshalb zu stimmen, weil er ein stets beobachtetes Prinzip enthält.

§ 9 wird hierauf angenommen; ebenso § 10, nach welchem die Kassenverwaltung und die Rechnungsprüfung einem Kirchenvorsteher zu übertragen ist, welcher von dem Kirchenvorstande gewählt wird.

Die §§ 11 und 12 der Regierungsvorlage hat die Commission gestrichen und statt deren folgenden § 12a vorgeschlagen: „Der Kirchenvorstand hat ein Inventar über das von ihm verwaltete kirchliche Vermögen zu errichten und fortzuführen. Er hat einen Vorschlag der Jahreseinnahmen und Ausgaben aufzustellen und einen vollständigen Bericht über den Stand des kirchlichen Vermögens alljährlich an die Gemeindevertretung zu erstatten. Am Schlusse jeden Rechnungsjahres hat der Kirchenvorstand die Rechnung zu prüfen.“

Das Haus genehmigt § 12a, unter Ablehnung des Antrages des Abg. Dauzenberg: Die hervorgehobenen Worte zu streichen.

§ 13 lautet: „Der Kirchenvorstand wählt aus seinen in § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern bei dem Eintritt der neuen Kirchenvorsteher einen Vorsteher und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre.“

Die Regierungsvorlage hatte noch die Bestimmung, daß der Pfarrer den Vorsitz im Kirchenvorstande führt.

Abg. Windhorst (Meppen): Den Pfarrer prinzipiell von dem Vorsitz auszuschließen, ist ungünstig und unnatürlich. Wo das Vermögen einer Kirchengemeinde in Frage kommt, muß bei gefundenen Zuständen der Pfarrer der geborene Vorsitzende sein. (Oho! links.) Er ist es auch früher immer gewesen, auch nach dem preußischen Landrecht. Man hat gemeint, der Einfluß des Pfarrers werde die Tätigkeit des Kirchenvorstandes lähm legen. Wenn aber Personen in den Vorstand kommen, die sich lähm legen lassen, so sind sie überhaupt für das Amt nicht geeignet und sehr schlimme Folgen würde es haben, wollte man solche Personen sich selbst überlassen. Mindestens muß man den Pfarrer auch für wählbar erklären und Abg. Windhorst (Bielefeld), der für das freie Wahlrecht der Gemeinden so energisch eingetreten ist, ist inconsequent, wenn er den Pfarrer nicht für wählbar erklärt und inconsequent sein, ist nicht Windhorstsche Art. (Große Heiterkeit.) Ich bin gespannt, ob die Regierung den von ihr selbst vorgeschlagenen Grundzusatz aufrecht erhalten wird, der bisher Rechts ist, sich vortrefflich bewährt hat, und bei den evangelischen Kirchenvorständen als selbstverständlich angenommen wird. Für die Katholiken freilich soll Alles gut sein, was irgendwelches aus Abneigung hervorgegangene Belieben statuirt. In kleinen Landgemeinden wird man übrigens außer dem Pfarrer kaum eine für den Vorsitz geeignete Person finden. Hat man doch hinsichtlich der Standesbeamten sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wenn man mit dem Abg. Jung überzeugt ist, daß der Pfarrer kein historisches Uebel ist, warum will man ihn in eine schiefe Lage zur Gemeinde bringen?

Ministerial-Director Förster: Die Regierung ist diesmal in der Lage, dem Wunsche des Abg. Windhorst (Meppen) Folge leisten. (Abg. Windhorst: Bravo!) Sie hält ihren Vorschlag aufrecht, da sie es bei gefundenen Zuständen nicht für gerechtfertigt hält, der natürlichen Autorität des Pfarrers ein Mißtrauen entgegenzutragen; und auf gefundene Zustände ist die Verlage berechnet.

Abg. v. Sybel: Allgemein geltendes Recht ist das Prinzip der Regierungsvorlage keineswegs, denn im Gebiete des französischen Rechts ist der Pfarrer nicht geborener Vorsitzender des Kirchenvorstandes. Für die linksrheinischen Landesteile enthält die Vorlage also eine Minderung des Laienrechts. Die geistliche Autorität ist dasselbst bedeutender, als sonst irgendwo, ein Beweis, daß sie der Verwaltung des Mammonns nicht bedarf, um in herrlichster Blüthe, völkerbeschattend emporzuwachsen. Wenn an die Spitze der Vermögensverwaltung ein Mann gestellt wird, der von seiner bischöflichen Behörde unbedingt abhängig ist, so kann es kommen, daß die Verwaltung in einer den Interessen der Gemeinde nicht entsprechenden Weise geführt wird. Ist es doch vorgekommen, daß kleine Landgemeinden durch bischöfliche Verfügung genötigt wurden, ihr Capital in der letzten päpstlichen Anteile anzulegen. (Rufe im Centrum: Namen!) Ich nenne Ihnen keine Namen aus dem einfachen Grunde, welchen ich schon früher angeführt habe. (Abg. Windhorst: Dann glauben wir es nicht.) Erbringen Sie (zum Centrum) mir doch den Gegenbeweis. Herr Windhorst meinte, man wird in den Landgemeinden keine für den Vorsitz geeignete Personen finden. Nun, nach Erlass des Schulaufsichtsgesetzes in Baden hat der Erzbischof von Freiburg den Pfarrern verboten, sich zu Schulräthen wählen zu lassen, indem er vielleicht auch hoffte, man werde außer den Pfarrern keine geeigneten Personen finden. Die Erfahrung hat aber bewiesen, daß es ohne die Pfarrer ganz vortrefflich ging und der Erzbischof hat dann sein Verbot zurückgenommen. Dieselbe Erfahrung werden wir auch mit diesem Gesetz machen. Was den Vorwurf des Abgeordneten Windhorst betrifft, daß man die evangelische und die katholische Kirche nicht gleich behandele, so ist nichts ungerechter, als völlig ungleiche Dinge nach gleichem Maße zu behandeln. Riefen Sie (zum Centrum) uns die Garantie, daß die katholischen Bischöfe die Staatsgeflechte mit derselben Pünktlichkeit erfüllen werden, wie die evangelischen Kirchenbehörden, dann können Sie volle Gleichheit der Behandlung fordern. (Beifall links.)

Abg. Dauzenberg: Allerdings ist den Gemeinden auf dem linken Rheinufer der Pfarrer nicht der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, das hängt aber damit zusammen, daß nachdem in der französischen Revolution das Kirchenamt geraubt worden, die Civilgemeinde für die Bedürfnisse der Kirche aufzukommen mußte. Dieses eigenthümliche Verhältniß zwischen Civil- und Kirchengemeinde liegt aber sonst vor, und wenn Herr v. Sybel dennoch einräumt, daß der Pfarrer auf dem linken Rheinufer eine äußerst einflussreiche Person ist, so müßte er doch eigentlich einsehen, daß sein Einfluß nicht gebrochen werden wird, indem man ihn von dem Vorsteher ausschließt. Er hat dann von päpstlichen Anleihen gesprochen, in welchen angeblich im Jüli-

cher und Siegener Lande Kirchengelder angelegt worden seien. Er hat aber Namen dabei nicht genannt, und hat meines Erachtens Recht gethan, solche nicht zu nennen, denn als er es früher einmal that, ist er damit „hineingefallen“. (Gelächter links.) Wie mir aber mein College Lindemann mittheilt, ist es unwahr, daß im Jülicher Lande derartiges vorkommen (hört im Centrum), und ich kann als Pfarrer der Kölnischen Diözese nur bestätigen, daß uns das bischöfliche Vicariat stets die größten Schwierigkeiten bei der Anlegung von Kirchengeldern in Werthpapieren gemacht hat. Ich muß daher die Angabe des Abg. v. Sybel, so lange er Namen nicht nennt, für unwahr erklären. — Dieses Gesetz soll doch für die Zeit berechnet sein, wo gewisse Zustände wiedergekehrt sind und die Pfarrer nicht mehr gehetzt werden. In jenen Zeiten ist aber der Pfarrer der natürliche Vorsitzende des Kirchenvorstandes; er wird in Städten gebildete Menschen neben sich haben, welche seinen Wünschen gewiß nicht ohne nähere Prüfung stattgeben werden, und in den Landgemeinden wird die Abneigung unserer Bevölkerung gegen das Bezahlten dazu führen, dem Pfarrer, der die Neigung zu größerem Geldausgaben haben sollte, instantane Opposition zu machen.

Abg. Wehren pfennig: Auch ich wünsche schalich die Zeit herbei, in der die Geistlichen weder hezen noch gehetzt werden. Ich glaube, daß letztere wird mit dem ersten aufhören. Das Fabrikdecreto von 1809, das den Besitz des Geistlichen nicht kennt, gilt nicht nur auf dem linken Rheinufer, sondern auch in dem hoch ultramontanen Frankreich und in dem von Ihnen (zum Centrum) so sehr geliebten Belgien und Ihr eigener Parteigenosse, der Landgerichtsrath de Lys (derelieb ist im Hause anwesend) hat in seinem Kommentar zu dem Fabrikdecreto überzeugend die Gründe dargelegt, weshalb der Pfarrer zum Vorsitzenden nicht wählbar sein kann. (Hört! links.) Die Interessen des Patriarchen collidieren eben mit denen der Civilgemeinde. So viel ich weiß, ist auch der Propst der hiesigen St. Hedwigskirche nicht der Vorsitzende des Kirchenvorstandes. (Widerspruch im Centrum.) Sollte ich falsch informiert sein, so ziehe ich natürlich diese Bemerkung zurück. Daß der Pfarrer den Vorsitz nach der evangelischen Kirchenverfassung führt, hängt mit dem viel ausgedehnten Befugnisse des evangelischen Kirchenvorstandes zusammen, der nicht bloss über Vermögensangelegenheiten, sondern z. B. auch über die wichtige Frage des Auschlusses von den Sacramenten entscheidet. Der Geistliche als Vorsitzender des Kirchenvorstandes kommt in eine ganz falsche Doppelstellung. Er ist als solcher verpflichtet, die Interessen und die Selbstständigkeit der Gemeinde zu vertreten gegen die bischöfliche Autorität, und das kann er als Pfarrer nicht, ohne im Widerspruch mit seiner Pflicht und seinem Eid zu geraten. Er kann eben nicht schwarz und weiß zugleich sein.

Die Discussion wird geschlossen.

Abg. v. Sybel (persönlich) vertheidigt sich gegen die Insinuation des Abg. Dauzenberg, daß er mir seinen neulichen unter Namensnennung mitgetheilten Thaten „hineingefallen“ sei. Er werde bei Gelegenheit nachweisen, daß er kein Wort von dem, was er damals gesagt, zurücknehmen habe.

Berichterstatter Abg. Gneist: Der Geistliche kann den formellen Vorsitz im Kirchenvorstande nicht führen, ohne gleichzeitig die Verantwortlichkeit für die Geschäftsführung selbst zu tragen sowohl gegenüber der weltlichen wie der geistlichen Öffentlichkeit. Er wird damit zwischen zwei Stühle gesetzt, und das erkannte auch das französische Gesetz, das sich bis heute in Frankreich einer außerordentlichen Beliebtheit erfreut und keineswegs der Revolution, sondern einer Zeit seine Entstehung verdankt, als die kirchlichen Verhältnisse sich in durchaus wohlgeordneter Lage befanden.

§ 13 wird hierauf in der Fassung der Commissionsbeschluße angenommen. (Der Kirchenvorstand versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden u. s. w.) wird unverändert genehmigt.

§ 15 lautet: Der Kirchenvorstand ist zu berufen, wenn dies verlangt wird: 1) von der bischöflichen Behörde, 2) von dem Landrat (Amtshauptmann, Amtmann), in Stadtkreisen von dem Bürgermeister, 3) von der Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes, 4) durch Beschluß der Gemeindevertretung, in den beiden letzten Fällen sofern ein innerhalb der Zuständigkeit des Kirchenvorstandes liegender Zweck angegeben wird.

Abg. Dauzenberg hat die Streichung der Nr. 2 beantragt, deren Wegfall vom Abg. Lindemann aus dem Grunde empfohlen wird, daß der Landrat gar keine Aufsichtsinstant für jene Behörde sei. Derselbe wiederholt übrigens, daß die Anlegung von Kirchengeldern in päpstlicher Amtsleitung im Jülicher Lande nicht vorgekommen, und daß das erzbischöfliche Vicariat in einem dahin gehenden Antrag abgelehnt habe.

§ 15 wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 16—21, welche von der Geschäftsführung des Kirchenvorstandes handeln.

Mit § 22 beginnen die Vorschriften über die Gemeindevertretung.

§ 22 lautet: Die Zahl der Gemeindevertreter soll drei Mal so groß sein, wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher. Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besondren Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten herabgesetzt werden.

Abg. Lindemann bezeichnet eine Gemeindevertretung neben einem Kirchenvorstande als etwas Ueberflüssiges, aus protestantischen Anschauungen hervorgegangenes, was die Verwaltung der meist unerheblichen Vermögensobjekte nur complicirte machen würde. Der Redner ergeht sich dabei in einer leidenschaftlichen Schilderung der Opferwilligkeit der Gemeinden in der Kölnischen Diözese, wird aber vom Hause, daß einem Zusammenthang mit dem gegenwärtigen Paragraphen nicht zu erkennen vermöge, lebhaft mit dem Ruf: „Zur Sache!“ unterbrochen. — Der Präsident ergänzt unter stürmischer Heiterkeit des Hauses diesen Zusammenhang, darin, daß der Redner vermutlich sagen wolle, trog der großen Opferwilligkeit der Gemeinden würden diese nicht das Opfer bringen, eine Gemeindevertretung zu wählen.

Referent Abg. Gneist bezeichnet es nicht als einen protestantischen Grundzustand, sondern als einen solchen des bürgerlichen Rechts, daß in Soden der Vermögensverwaltung Beschlüsse der verantwortlichen Behörde an die Zustimmung einer Gemeindevertretung gebunden sein sollen.

§ 23 zählt die Fälle auf, in denen die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich wird, darunter auch 1) bei Veräußerung von Gegenständen, welche einer geschäftlichen, wissenschaftlichen oder Kunstsammlung haben; 2) bei Verwendung des kirchlichen Vermögens für Zwecke, welche nicht die Genußbedürfnisse der Gemeinde selbst betrifft.

Abg. Brügel beantragt die Streichung beider Bestimmungen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, und § 23 ebenso wie § 24 unverändert genehmigt.

Die §§ 25 und 25a lauten:

§ 25. „Die Gemeindevertretung wählt bei dem Eintritt der neuen Gemeindevertreter einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre.“

§ 25a lautet: „Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder ein von ihm abgeordneter Kirchenvorsteher (§ 5 Nr. 2 und 3) sind befugt, den Sitzungen der Gemeindevertretung beizutreten.“

Abg. Petri beantragt dem § 25a folgende Fassung zu geben: „Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder ein von ihm abgeordneter Kirchenvorsteher (§ 5 Nr. 2 und 3) sind befugt und auf Verlangen der Gemeindevertretung oder ihres Vorsitzenden verpflichtet, den Sitzungen der Gemeindevertretung mit berathender Stimme beizutreten.“

Der Antragsteller motiviert diesen Vorschlag damit, daß eine Communication zwischen dem Kirchenvorstande und der Gemeindevertretung zur besseren Information der letzteren erforderlich sei. — Das Haus nimmt diesen Änderungsantrag an und genehmigt den § 25 unverändert.

Obne Debatte nimmt das Haus noch den § 26 an, der vorschreibt, daß die Gemeindevertreter spätestens den Tag vor der Sitzung einzuladen sind und zwar zur Beschlussfähigkeit die Anwesenheit eines Dritttheils der Mitglieder gehört. — Damit ist der Abschnitt von der „Gemeindevertretung“ erledigt.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Berathung bis Dienstag 10 Uhr.

Berlin, 26. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat Sr. Hoheit dem Herzoge Bernhard zu Sachsen-Weiningen und Sr. Durchlaucht dem Fürsten Günther von Schwarzburg-Sondershausen das Kreuz der Groß-Comturire des Königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern, sowie Sr. Durchlaucht dem Erbprinzen von Schwarzburg-Sondershausen das Großkreuz des Roten Adler-Ordens verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Navy-Meister Duenzell zu Münden in Hannover den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches den Friedensrichter Friedrich Simon Rauchkob in Zabern zum Rath bei dem Kaiserlichen Landgerichte in Colmar ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Revisor von Griesbach bei der Westfälischen Eisenbahn in Münster und dem Eisenbahn-Secretär Bock bei der Hannoverischen Eisenbahn in Hannover den Charakter als Rechnungs-Rath, sowie dem Eisenbahn-Secretär Langhammer bei der Westfälischen Eisenbahn in Münster den Charakter als Kammer-Rath verliehen.

Dem Herrn John D. Buckalew ist Namens des Deutschen Reiches das

Eiquator als Conjur der Vereinigten Staaten von Amerika in Stettin ertheilt worden.

Der Assistant Theodor Seiffert ist zum Secretär der Bau-Akademie ernannt worden.

Dem Johann-Franz Wimmer und August Albert Beidler in Berlin ist unter dem 21. April 1875 ein Patent auf eine Kehlmaschine für konische Reibungen, auf drei Jahre ertheilt worden.

Ihre Majestät besuchte den Oberhof- und Hausmarschall und Ober-Stallmeister Grafen Pückler, um ihn zu seinem 60jährigen Dienstjubiläum zu beglückwünschen. Das Familiendiner fand bei Sr. Königlichen Hoftheit dem Prinzen Carl statt. (Reichsanzeiger.) Gewinn-Liste der 4. Classe 151. Königl. Preuß. Clafsen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

Bei der heute fortgesetzten Biegung sind folgende Nummern gezogen worden:

3 Gewinne zu 30,000 M. auf Nr. 59,644. 72,727. 90,182.

4 Gewinne zu 15,000 M. auf Nr. 17,961. 34,238. 36,232. 37,104.

5 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 43,544. 57,046. 64,347. 73,993. 81,910.

39 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 4553. 8752. 11,634. 15,652. 15,874.

17,512. 21,633. 24,923. 28,394. 30,069. 30,581. 31,148. 32,469. 32,561.

34,345. 37,7

78. 83. 97. 316. 22. 35. 38. 66. 94. 406. 39. 526. 27. 64. 606. 73. 87.
723. 50. 811. 77. 90. 902. 10. 16. 35. 36. 53. 59. 65.
70,059. 155. 62. 238. 45. 84. 305. 515. 18. 29. 58. 609. 58
(300). 710. 83. 834. 75. 901. 60 (300). 85. 71,179 (300). 261. 355.
86. 487. 533. 604. 43. 83. 97 (300). 756. 807. 8. 47. 94. 920. 91.
99. 72,098. 100. 28. 94. 222. 37. 85. 401. 23. 48. 50. 57. 81. 559.
97. 635. 48. 93. 756 (300). 80. 88. 897. 908. 73,026. 39. 188 (300).
98. 234. 42. 47. 59. 86. 398. 497. 505. 22. 63. 69. 80. 697. 826.
41 (300). 58. 82. 926. 35 (300). 42. 59. 74,062 (300). 92. 247. 309.
77. 411. 46. 72. 98. 518. 37. 44. 659. 61 (300). 83. 97. 99. 708. 11.
38. 819. 45. 88. 950. 73. 75,062. 75. 76. 87. 104. 24. 25. 80 (300).
204. 54. 65. 354. 402. 506 (300). 25. 26. 44. 51. 660. 68. 71 (300).
702. 18. 24. 67. 858. 66. 901. 76,188. 380. 537. 49 (300). 634.
855. 902. 58. 60. 77,007. 45. 57. 68. 88. 109. 34. 44. 254 (300). 99.
355. 58. 406. 39 (300). 564. 74. 672 (300). 815. 973. 78,058. 91.
223. 37. 305. 59. 454. 86. 631. 41. 720. 25. 70. 80. 841. 912.
79,006. 18. 59. 73. 77. 85. 124. 40. 267. 84. 304. 9. 24. 58. 72.
87. 463. 510. 13. 34 (300). 70. 628. 61. 790. 807. 59. 61 (300). 67.
80. 961.

80,043. 67. 70. 119. 53. 83. 228. 81. 320. 89. 530. 46. 55. 65.
643 (300). 81. 90. 718. 23. 95. 800. 63. 80. 84. 81,071 (300). 149.
(300). 95. 258. 74. 96. 301. 69. 450. 72 (300). 516. 20. 30. 67. 618.
94. 766. 86. 824. 932 (300). 82,004. 97. 108. 89 (300). 228. 92.
311. 84. 408. 58. 67. 593. 718. 48. 889. 974. 83,045. 80. 184. 90.
282. 446. 530. 86. 619. 27. 762. 805. 82. 963. 84,137. 51 (300).
67. 231. 315. 71. 406. 86. 89. 532. 629 (300). 737. 63. 892. 932.
61 (300). 85,003. 56 (300). 57. 114. 325. 88. 440. 63. 535. 603.
755. 949 (300). 86,000. 12. 20 (300). 99. 123. 64. 205. 31. 42. 97. 364.
94. 95. 419. 24. 79. 517. 59. 609 (300). 85. 760. 72. 873. 87,012.
14. 19. 196. 276 (300). 80. 332. 63. 432. 50. 63. 500 (300). 651.
741 (300). 70. 819. 918. 45. 58. 69. 77. 88,026. 65. 114. 36. 39. 78.
262. 83. 324. 52. 426. 638. 54. 58. 85. 89. 866. 902. 89,010. 42.
74. 197. 258. 83. 84. 472. 76. 507. 628. 37. 93. 740. 75. 801.
56. 87. 97.

90,167. 79. 90. 205. 29 (300). 33. 38. 315. 20. 418. 53. 71. 526.
60. 70 (300). 73 (300). 721. 91 (300). 956. 77. 91 (300). 91,048. 87.
142. 43. 84. 232. 68. 309. 22 (300). 415. 509. 20. 667. 80 (300).
783. 88. 823. 29. 64. 76. 920 (300). 21. 77. 89. 92,008. 43. 85 (300).
100. 74. 99. 292 (300). 98. 403. 40. 581. 620. 23. 55. 59. 872. 80.
94. 915. 24. 70. 93,005. 23. 51. 76. 82 (300). 87. 133. 36 (300). 37.
55. 94. 229 (300). 311. 29. 66 (300). 75. 410. 537. 40. 622. 27. 37.
781. 891. 94,158. 78. 292. 375. 473. 522. 48. 640. 41 (300). 93.
735 (300). 48. 811. 909 (300). 35. 40. 43. 98.

= Berlin, 26. April. [Die Justizcommission.] — Das Klostergesetz. — Interpellation des Centrums. — [Ruhmeshalle.] Die Justizcommission des Reichstages hat heute ihre Arbeiten begonnen. Von den Mitgliedern fehlten in Folge von Erkrankung drei, Abg. Lasker, der Abg. Bernhard und der Abg. Lüher (die letzteren beiden Herren sind bekanntlich Mitglieder des Abgeordnetenhauses und fungieren dort als Schriftführer, der Abg. Lüher nimmt schon seit längerer Zeit nicht Theil an den Verhandlungen). Den Vorsitz führte Abg. Miquel, als Protokollführer fungierten unter Kontrolle der Schriftführer der königl. preuß. Gerichts-Assessor Sydow, der königl. bayerische Staatsanwalt-Substitut Dr. Seuffert von Augsburg, der kgl. sächsische Assistent beim Bezirksgericht in Leipzig Schreiber. Der Bundesrat war ziemlich zahlreich vertreten und zwar durch den kgl. preuß. Justizminister Dr. Leonhardt, durch den Director des Reichsjustizamts von Alsbach mit den Räthen des Reichsjustizamts Hanauer und Hagens. Seitens der bayerischen Regierung war der Gerichtsrath Hamser anwesend und seitens der preußischen Regierung noch der Ministerialdirector im Justizministerium Wenzel. Außerdem waren anwesend der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger, der braunschweigische Gesandte Dr. von Liebe u. A. Die Commission beschloß, entgegen ihren früheren Absichten über die Arbeitseintheilung nicht mit der Gerichts-Organisation, sondern mit der Civil-Prozeß-Ordnung zu beginnen und man trat so gleich in die Debatte der ersten Paragraphen ein. Man giebt sich der Hoffnung hin, bei der Beratung über die Strafprozeßordnung den Abg. Lasker wieder in der Commission thätig zu sehen; wie weit sich dies realisieren wird, bleibt abzuwarten. — Die Erwartung, den Entwurf des Klostergesetzes in nächster Zeit schon dem Abgeordnetenhaus vorgelegt zu sehen, wird sich schwerlich erfüllen; der Kaiser widmet den Motiven des Entwurfs dauernd die eingehendste Prüfung und vorgestern ist auf kaiserliche Weisung weiteres Material zu dem Gesetz in umfangreichen Aktenstücken nach Wiesbaden abgegangen. Von einer weiteren Umarbeitung des Entwurfs im Cultusministerium ist, seit dem derselben dem Kaiser vorgelegt worden, mit keiner Silbe die Rede gewesen. — In der Centrums-Faktion werden zwei Interpellationen vorbereitet, die eine betrifft die Behandlung politischer Gefangener in den preuß. Gefängnissen, die andere die Beschlagnahme von Geschäftsbüchern und Correspondenten-Verzeichnissen in Zeitungs-Redaktionen, doch hängt die Einbringung noch von dem Ausgang der Fraktionsberatungen ab. — Das Gesetz über den Waldschutz und die Bildung von Waldeigenschaften ist jetzt in der Commission durchberaten. Die Plenarberatung soll in der Woche vom 2. bis 9. Mai erfolgen, die Annahme ist sehr wahrscheinlich. — Dem Landtage, wird noch in dieser Session eine Vorlage über Bewilligung verjüngten Mittel zugehen, welche für die Umwandlung des Berliner Zeughauses in eine Waffen- und Ruhmes-Halle erforderlich sind. Diese Mittel werden sich auf ca. 2 Millionen Thaler belaufen, welche die künstlerische Ausstattung des Arsenal erfordern. Dasselbe soll mit großen Fresken aus der Preußischen Geschichte geschmückt werden und mehrfache Erweiterungen erfahren, von denen jedoch der Schlüter'sche Bau unberührt bleiben mögt. — Der Generalfeldmarschall von Manteufel wohnte heute in der Hofloge dem größten Theil der Sitzungen des Abgeordnetenhauses bei.

D. R. C. [In Betreff des Bestindens des Reichskanzlers] hören wir, daß der Fürst immer noch nicht so weit wieder hergestellt ist, als dies wünschenswerth wäre. Zwar hat derselbe das Bett verlassen und seine Arbeiten wieder aufgenommen, allein auf ärztlichen Rat hält er immer noch das Zimmer. Der Gesundheitszustand der Fürstin Bischoff soll noch immer manches zu wünschen übrig lassen. [S. M. S. „Ariadne“] hat am 4. März c. den Hafen von Swato verlassen und ankerte am 5. desselben Mts. im Innenhafen von Amoy.

Wiesbaden, 26. April. [Kaiser Wilhelm] hat gestern Vormittag einer musikalischen Matinee bei dem Regierungspräsidenten von Würzburg gewohnt und Nachmittags bei sehr schönem Wetter eine Spazierfahrt unternommen. Am Abend erschien Se. Majestät im Hoftheater. Heute Mittag hat sich der Kaiser nach Biebrich zur Besichtigung der Kaisergröde begeben. — Der Landgraf Friedrich von Hessen ist heute hier eingetroffen.

Großbritannien.

E. C. London, 22. April. [Vom Hofe.] — Der Cardinal. Die Königin wird morgen von Osborne nach Windsor zurückkommen, dort einige Wochen verweilen und während dieser Zeit bei Gelegenheit der Hoffeste im Buckingham-Palast öfters die Hauptstadt besuchen. Die Abreise nach Schottland wird Mitte Mai erfolgen. — Der Herzog von Norfolk, an der Spitze einer aus katholischen Notabilitäten bestehenden Deputation, überreichte Cardinal Manning eine Beglaubigungsschrift und ein Ehrentheft. Der Herzog von Norfolk verlas die Adresse, welche 2500 Unterschriften trägt. In seiner Erwiderung sagte Cardinal Manning, er sehe in den zahlreichen an ihn gerichteten Kundgebungen ein Zeichen der Eintracht unter den Katholiken

Englands. Was die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche betreffe, sei er ganz unbesorgt, die Kirche habe härtere Prüfungen durchgemacht. Einst sei die Welt durch den christlichen Glauben und das christliche Gesetz regiert worden, seitdem aber das Band der Glaubens-Einheit zerriß, sei sie in die Hände von Diplomaten gefallen, die durch Protokolle und Verträge die Welt zusammenbinden wollten. Diese stellten sich aber immer als nutzlos heraus und das letzte Wort hätten dann die geognen Kanonen. Dies sei die Frucht des Fortschrittes und der modernen Civilisation, er seinerseits wünsche sich die christliche Civilisation zurück. — Durch eine Explosion in der Prince of Wales Grube bei Dudley wurden 11 Arbeiter, darunter zwei, Vater und Sohn, gefährlich verletzt.

* London, 23. April. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] befragte B. Cochrane den Unter-Sstaatssekretär des Auswärtigen über die neuesten Greuelscenen des spanischen Bürgerkrieges und ob die englische Regierung nicht wieder, wie im Jahre 1835, Schritte zur Vermeidung von Wiederholungen einleiten könne. Bourke vermochte das Vor kommen von Grausamkeiten nicht zu leugnen. Die Sache liege in dessen wesentlich anders als 1834 und 1835, und wenn die Regierung auch die Versicherung geben könnte, daß sie keine Gelegenheit ungenutzt vorbeigehen lasse, um in Namen der Menschlichkeit einzuschreiten, so vermöge sie es doch nicht in derselben Weise zu thun, wie vor vierzig Jahren. Damals habe die spanische Regierung öffentlich verkündet gehabt, daß sie alle Carlisten, deren sie haßt würde, als Rebellen hinrichten werde, und die Carlisten drohten mit Wiederergeltung. Dem diplomatischen Gesetz des Lord St. Germans sei es damals gelungen, Bede zu einem menschlicheren Vertrag zu bewegen. Dieses Mal sei keine derartige Veröffentlichung erlassen worden. Eine Anfrage Macdonald's beantwortend, konnte der Minister des Innern nicht leugnen, daß kürzlich nahe bei Liverpool ganz ungeheure Hahnenkämpfe stattgefunden haben. Die Polizei sei vielen Theilnehmern auf Spur und habe die Persönlichkeit von dreizehn derselben bereits festgestellt, gegen die das Strafverfahren eingeleitet werden solle. Auf Anfrage Newdegate's theilte Bourke mit, daß an die englischen Vertreter in München, Dresden, Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe am 3. d. Weisung ergangen sei, baldmöglichst weitere Berichte über das Klosterereignis einzutragen. Aus Dresden sei ein Bericht schon eingetroffen, auch aus Berlin ein Exemplar des bereits früher erwähnten Buches von Römer, welches der Bibliothek des Unterhauses überwiesen worden. Über die Schritte, welche zur Bestrafung der Mörder Margary's getroffen worden sind, vermochte Disraeli einzuweisen nur mitzuteilen, daß der diefeite Gefande in Peking, Wade, auf strenge Unterstzung gedrungen und die chinesische Regierung die auch zugestanden habe. Verhältnismäßig spät erst kam das Haus zu dem eigentlichen Geschäft des Abends, der Einzelberatung über das irische Friedensbewährungsgesetz; Biggar, Mitglied für Caron, zeigte, was Home-Ruler bei solcher Gelegenheit zu leisten vermögen, indem er die Debatte mit einer vierstündigen Rede eröffnete, für welche das drastische Mittel Sullivan's, die Ausweisung der Berichterstatter, eine angemessene Zugabe gewesen wäre. Die Berichterstatter bildeten indessen beinahe die Mehrzahl des Auditoriums, denn außer Biggar's Parteigenossen blieb nur ein sehr kleiner Häuflein Mitglieder im Saale. Ja, ein Mal drohte eine Auszählung sich erfolgreich zu erweisen. Mit knapper Mehr fanden sich vierzig zusammen. Biggar beantragte ein Abstimmung, das der einfachen Aufhebung der bisherigen Notstandbestimmungen gleichkommen würde. Vom secundirten McKeown und im Anschluß folgte ein ganzes Corps Homeruler, denen sich als passender Kampfgenosse der Jesuitenseid Whalley bezeichnete. Whalley findet es unerhört, daß Disraeli nicht ein durchgreifendes Mittel vorbringt, um die Irlander von dem Joch der Jesuiten zu befreien. Smith, O'Clery, O'Connor, M'Carthy, Downing leisteten alle den Pflichten ihres mandat imperiale als Homeruler Genüge, mit mehr oder weniger irischer Logik und mehr oder weniger leidenschaftlicher Färbung. Seitens der Regierung erinnerte Sir M. H. Beach daran, daß nach der durchaus erschöpfenden Debatte über die zweite Leistung eine neue Debatte über den Grundgedanken der Vorlage nicht am Platze sei. Nach den rednerischen Leistungen Biggar's und seiner politischen Freunde blieb ihm wenig Zeit und er war daher gezwungen, sich kurz zu fassen. Er rechtfertigte das Gesetz als unabdingt notwendig und hob nochmals die ziemlich wesentlichen Erleichterungen hervor, die es gegen früher gewahrt. O'Leary beantragt Verdagung der Debatte, die indessen mit 245 gegen 63 Stimmen zurückgeworfen wurde. Der Haussprung des Hauses, Major O'Gorman, ein Homeruler von noch größerem Körperumfang, als der Pseudo-Tischborne, der sich nie erheben kann, ohne dem Hause Lachträume zu verursachen, erlangte indessen nachträglich durch einen drolligen, oder, wie ihn Disraeli nannte, „tragischen“ Appell an das Haus die Zustimmung des Premierministers. Die Debatte wurde bis Montag verlegt.

= Berlin, 26. April. [Die Justizcommission.] — Das Klostergesetz. — Interpellation des Centrums. — [Ruhmeshalle.] Die Justizcommission des Reichstages hat heute ihre Arbeiten begonnen. Von den Mitgliedern fehlten in Folge von Erkrankung drei, Abg. Lasker, der Abg. Bernhard und der Abg. Lüher (die letzteren beiden Herren sind bekanntlich Mitglieder des Abgeordnetenhauses und fungieren dort als Schriftführer, der Abg. Lüher nimmt schon seit längerer Zeit nicht Theil an den Verhandlungen). Den Vorsitz führte Abg. Miquel, als Protokollführer fungierten unter Kontrolle der Schriftführer der königl. preuß. Gerichts-Assessor Sydow, der königl. bayerische Staatsanwalt-Substitut Dr. Seuffert von Augsburg, der kgl. sächsische Assistent beim Bezirksgericht in Leipzig Schreiber. Der Bundesrat war ziemlich zahlreich vertreten und zwar durch den kgl. preuß. Justizminister Dr. Leonhardt, durch den Director des Reichsjustizamts von Alsbach mit den Räthen des Reichsjustizamts Hanauer und Hagens. Seitens der bayerischen Regierung war der Gerichtsrath Hamser anwesend und seitens der preußischen Regierung noch der Ministerialdirector im Justizministerium Wenzel. Außerdem waren anwesend der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger, der braunschweigische Gesandte Dr. von Liebe u. A. Die Commission beschloß, entgegen ihren früheren Absichten über die Arbeitseintheilung nicht mit der Gerichts-Organisation, sondern mit der Civil-Prozeß-Ordnung zu beginnen und man trat so gleich in die Debatte der ersten Paragraphen ein. Man giebt sich der Hoffnung hin, bei der Beratung über die Strafprozeßordnung den Abg. Lasker wieder in der Commission thätig zu sehen; wie weit sich dies realisieren wird, bleibt abzuwarten. — Die Erwartung, den Entwurf des Klostergesetzes in nächster Zeit schon dem Abgeordnetenhaus vorgelegt zu sehen, wird sich schwerlich erfüllen; der Kaiser widmet den Motiven des Entwurfs dauernd die eingehendste Prüfung und vorgestern ist auf kaiserliche Weisung weiteres Material zu dem Gesetz in umfangreichen Aktenstücken nach Wiesbaden abgegangen. Von einer weiteren Umarbeitung des Entwurfs im Cultusministerium ist, seit dem derselben dem Kaiser vorgelegt worden, mit keiner Silbe die Rede gewesen. — In der Centrums-Faktion werden zwei Interpellationen vorbereitet, die eine betrifft die Behandlung politischer Gefangener in den preuß. Gefängnissen, die andere die Beschlagnahme von Geschäftsbüchern und Correspondenten-Verzeichnissen in Zeitungs-Redaktionen, doch hängt die Einbringung noch von dem Ausgang der Fraktionsberatungen ab. — Das Gesetz über den Waldschutz und die Bildung von Waldeigenschaften ist jetzt in der Commission durchberaten. Die Plenarberatung soll in der Woche vom 2. bis 9. Mai erfolgen, die Annahme ist sehr wahrscheinlich. — Dem Landtage, wird noch in dieser Session eine Vorlage über Bewilligung verjüngten Mittel zugehen, welche für die Umwandlung des Berliner Zeughauses in eine Waffen- und Ruhmes-Halle erforderlich sind. Diese Mittel werden sich auf ca. 2 Millionen Thaler belaufen, welche die künstlerische Ausstattung des Arsenal erfordern. Dasselbe soll mit großen Fresken aus der Preußischen Geschichte geschmückt werden und mehrfache Erweiterungen erfahren, von denen jedoch der Schlüter'sche Bau unberührt bleiben mögt. — Der Generalfeldmarschall von Manteufel wohnte heute in der Hofloge dem größten Theil der Sitzungen des Abgeordnetenhauses bei.

* * [Der kirchliche Gerichtshof in Berlin] tritt, wie uns von dort geschrieben wird, in den nächsten Tagen zusammen. Es handelt sich, wie wir weiter hören, in erster Linie um die Anklage gegen den Fürstbischof von Breslau. — * [Lotterie.] Am gestrigen und vorvorigen 7. und 8. Ziehungstage der königl. preuß. 151. Clasen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 30,000 Mark auf Nr. 59,644 — 72,727 und 90,182 in die Collecte von Frankenthal nach Gleisbach, Lübeck nach Stettin und Reimbold nach Köln, und 6 Gewinne von 15,000 Mark auf Nr. 17,961 — 19,365 — 34,238 — 36,232 — 37,104 und 68,787 in die Collecten von Püsch nach Rawicz, Cunow nach Berlin, Hanau nach Mühlheim a. d. Rhine, Steibelt nach Berlin, Aron nach Berlin und Bach nach Nordhausen.

* [Vom Riesenkanal] wird der „Niederschl. Ztg.“ unter 20. April folgendes geschrieben: Wer bei „Blumenpracht und Laubenduft“ unseres Gebirges durchwandert, kann einen leisen Spauer nicht unterdrücken, wenn er an den Winter in diesen Regionen denkt, und dennoch gewährt das Gebirge auch in der Zeit, wo es das winterliche Klein noch matelloß frägt, eine reiche Fülle der überraschendsten und großartigsten Bilder. Freilich gehört eine Kammpartei in dieser Zeit wegen der großen Gefahren und Anstrengungen, die sie mit sich bringt, immerhin zu den Seltenheiten. Aber angelockt durch den Reiz der Neuheit und den Zauber des Großartigen versuchen fast jedes Jahr thüringische Bergsteiger die von mächtigen Eiss- und Schneewällen verdeckten Regionen Rübezahls zu erklimmen. So unternahmen auch am vergangenen Sonntag 3 Personen aus Schreiberhau — darunter ein Gebirgsfürst einer Kammpartei. Schon auf dem Wege nach der neuen schles. Bauden errigten die dort lagernden Schneemassen — 2 bis 3 Meter hoch — unsere Bewunderung; noch höher hinauf an den östlichen Höschungen und in den Einschlüßen des Kamms erreichten dieselben eine unglaubliche Mächtigkeit. Bis zur genannten Bauden war der Weg, von Baudenbewohnern, Holzpaltern und Pächtern betreten, ziemlich gut. Auch auf dem Kamme war die Wanderung, obwohl nicht die geringste Spur des Touristenpfad verriet, weit weniger beschwerlich als wir Ansangs befürchteten. Dank den wärmigen Niederschlügen und erwärmenden Sonnenstrahlen war der Schnee überall mit einer fast spiegelglatten Eisfläche bedekt, welche nirgends das Durchbrechen gestattete. Wo das verworrene verschlungene Schneeholzgestrüpp den Kamm bedeckt, erhaben sich nur einzelne, etwa fingerlange dunkelgrüne Spitzer über der blendend weißen Schneedecke, um der Außenwelt Kunde von dem in der Tiefe schlummernden Pflanzenleben zu geben. Jedem Besucher unseres Gebirges ist gewiß die zwischen den Sau- und Quarzsteinen befindliche Verfestigung des Kamms bekannt. Dort liegen noch

sicherweise erfolgte der Einsturz Sonntags, so daß kein Menschenleben zu beklagen ist.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 26. April. Die Landsgemeinde des Cantons Appenzell-Auerthoden hat beschlossen, eine Revision der Cantonalversammlung ihrem ganzen Inhalte nach vorzunehmen.

Florenz, 26. April, Abends. Kronprinz Humbert und Kronprinzessin Margarita sind hier eingetroffen. Die deutsche Kronprinzessin begrüßte dieselben auf dem Bahnhofe in herzlichster Weise.

Neapel, 26. April, Abends. Der deutsche Kronprinz verabschiedete sich nach dem Dejeuner vom König und trat Nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr die Rückreise nach Florenz an. Generaladjutant Medici begleitete den Kronprinzen zum Bahnhofe. Es gaben sich sympathische Kundgebungen der Bevölkerung kund. Gestern fanden zwei Zusammenkünfte des Königs und des Kronprinzen statt, von je einstündiger Dauer.

Paris, 26. April, Abends. „Havas“ zufolge erliegen 13 englische Bischöfe Collectivadressen an die deutschen und schweizerischen Bischöfe, worin den letzteren die lebhaftesten Sympathien ausgesprochen werden.

London, 26. April, Abends. Das auswärtige Amt teilte dem Parlament eine von Derby in dem gr. Münster am 14. d. in London unterzeichnete Declaration mit, nach welcher sich auf Gesamtdeutschland der Artikel 6 des Handelsvertrages zwischen England und dem Zollverein vom 30. Mai 1865, betreffend den Markenschutz, ausdehnt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 26. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 206, 10. Pariser do, 81, 80. Wiener do, 183, 65. Böhmisches Westbahnen 177 $\frac{1}{2}$. Elisabethb. 170 $\frac{1}{2}$. Galizier 213 $\frac{1}{4}$. Franzosen* 274. Lombarden* 125. Nordwestbahnen 141 $\frac{1}{2}$. Silberrente 68 $\frac{1}{2}$. Papierrente —. Russ. Bodencredit 91 $\frac{1}{2}$. Russen 1872 103 $\frac{1}{2}$. Amerikaner 1882 98 $\frac{1}{2}$. 1860er Loope 117 $\frac{1}{2}$. 1864er Loope —. Creditactien* 215. Bankactien 874, —. Darmstädter Bant 138. Brüsseler Bank 107 $\frac{1}{2}$. Berliner Bankverein 82 $\frac{1}{2}$. Frankfurter Bankverein 78 $\frac{1}{2}$. do. Wechslerbank 79 $\frac{1}{2}$. Destr.-deutsche Bant 85 $\frac{1}{2}$. Meiningen Bank 89 $\frac{1}{2}$. Hahn'sche Effecten 112 $\frac{1}{2}$. Brod.-Disc.-Gesellschaft 79 $\frac{1}{2}$. Continental 84 $\frac{1}{2}$. Hess. Ludwigsbahn 110 $\frac{1}{2}$. Oberhessen 73 $\frac{1}{2}$. Raab-Grazer 84 $\frac{1}{2}$. Ungar. Staatsloose 177, 50. do. Schatzanweisungen alte 94 $\frac{1}{2}$. do. Schatzanw. neue 92 $\frac{1}{2}$. Oregon Eisenb. —. Rockford do. —. Central-Pacific 86 $\frac{1}{2}$.

* per medio resp. per ultimo.

Stil, ziemlich fest. Anlagewerthe, deutsche Bahnen und Banken fest, österreichische Bahnen besser.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 215, Franzosen 274 $\frac{1}{2}$, Lombarden 125 $\frac{1}{2}$, Galizier —.

Hamburg, 26. April, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-M. 116 $\frac{1}{2}$, Silberrente 68 $\frac{1}{2}$, Credit-Actien 215 $\frac{1}{2}$, 1860er Loope 117 $\frac{1}{2}$, Nordwestbahnen —, Franzosen 68 $\frac{1}{2}$, Lombarden 313 $\frac{1}{2}$, Italien Rente 71, Vereinsbank 124, Laurahütte 110 $\frac{1}{2}$, Commerzbank 84 $\frac{1}{2}$, do. II. Cm.—, Nord. 146 $\frac{1}{2}$, Prov.-Disc. —, Anglo-deutsche 43, do. neue 65 $\frac{1}{2}$, Dän. Landmbt. —, Dortmund Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ. Pr.-A. —, 66er Russ. Pr.-A. —, Amerikaner de 1882 92 $\frac{1}{2}$, Köln. M. St. A. 113 $\frac{1}{2}$, Rhein. E. do. 117, Bergisch-Märk. do. 87 $\frac{1}{2}$, Disconto 3% —. Fest, aber still.

Hamburg, 26. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco fester, auf Termeine höher. Roggen loco fester, auf Termine höher. Weizen 126psd. per April 1000 Kilo netto 190 Br., 188 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 $\frac{1}{2}$ Br., 187 $\frac{1}{2}$ Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 193 Br., 192 Gd., per September-October 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd. — Roggen per April 1000 Kilo netto 158 Br., 156 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 156 Br., 155 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 153 Br., 152 Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 151 Br., 150 Gd., per September-October 100 Kilo netto 151 Br., 150 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 151 Br., 150 Gd., Hafer fester. Gerste 165—179 Röhm. bez., ungarischer und galizischer 161—163 Röhm. bez., pommerscher 183—185 Röhm. ab Bahn bez., medlenburger 183—185 Röhm. ab Bahn bez., ordinärer russischer — Röhm. bez., pr. Frühjahr 179 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 169 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 166 $\frac{1}{2}$ Röhm. bez., pr. Juli-August 164 Röhm. bez., pr. September-October — Röhm. bez. — Gefündigt 2000 Ctnr. Kündigungsspreis 20,5 Röhm. — Criben: Kochware 183—236 Röhm. Futterware 167—172 Röhm. — Weizennmehl pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sad Nr. 0 23,50—24,50 Röhm., Nr. 0 und 1 24—22,50 Röhm. — Roggenmehl Nr. 0 22,25—21,25 Röhm., Nr. 0 und 1 20,25—19,25 Röhm. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 20,50 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 20,50—55 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 20,90 Röhm. bez., pr. Juli-August 20,95—21 Röhm. bez., pr. August-September — Röhm. bez., pr. September-October 21 Röhm. bez. — Gefündigt — Ctnr. Kündigungsspreis — Röhm. — Dölfaten: Raps — Röhm. Rübser — Röhm. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 54,5 Röhm. bez., mit Fäss. — Röhm. bez., pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 55—54,9—55 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 55—54,9—55 Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez., pr. September-October 59—59,5 Röhm. bez., pr. Juli-August per 100 Liter 100 pCt. 45%. Kaffee sehr fest, Umsatz 4000 Sac. Petroleum still, Standard white loco 12, 40 Br., 12, 30 Gd., per April 12, 20 Gd., per August-December 12, 40 Gd. — Better: Kühl, schön.

Liverpool, 26. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Aufgangsbericht.) Mühmäßiger Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 1300 B., davon 800 B. amerikanische, 500 B. Bengal.

Liverpool, 26. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Surats matt. Amerikanische Verschiffungen unverändert.

Midd. Orleans 8 $\frac{1}{2}$ %, middling amerikanische 7 $\frac{1}{2}$ %, fair Dholerah 5 $\frac{1}{2}$ %, middling fair Dholerah 4 $\frac{1}{2}$ %, good middling Dholerah 4 $\frac{1}{2}$ %, midd. Dholerah 4 $\frac{1}{2}$ %, fair Bengal 4 $\frac{1}{2}$ %, new fair Domra 5%, good fair Domra 5 $\frac{1}{2}$ %, fair Madras 5, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6 $\frac{1}{2}$ %, fair Egyptian 9.

Antwerpen, 26. April, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, dänischer 25 $\frac{1}{2}$. Roggen fest, französischer 21. Hafer stetig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 26. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinurten, Top weiß, loco 28 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., per April 28 bez., 28 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai 27 bez., 27 $\frac{1}{2}$ Br., per September-December 29 $\frac{1}{2}$ Br., per September-December 29 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Bremen, 26. April. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11 Mf. 45 Pf., per September 12 Mf. 50 Pf. Ruhig.

Berlin, 26. April. Festigkeit, gepaart mit Ruhe, kann als die Signatur des heutigen Verkehrs hingestellt werden. Wir meinen, daß dies hauptsächlich das Resultat der Schweigsamkeit, welcher sich in den letzten paar Tagen die Preise bestiegt hat, möchten darin aber gleichzeitig den Beweis erbringen, wie gering noch immer die ureigene Thatkraft der Börse ist. Falls überhaupt keine Störung von Außen an sie herantritt, beginnt sie sich jeder Beweglichkeit, verräth aber die Neigung, in der Haltung mehr Festigkeit zur Erscheinung kommen zu lassen. Das war auch heute im Allgemeinen der Fall, nur der Bergwerksactienmarkt machte hierin eine Ausnahme, denn er zeigte sich verlaufen. Die zahlreicheren Verkaufssofferten entspringen auch, wie uns bedient, der unerfreulichen Lage der Bergbau-Etablissemens im großen Ganzen und eine gewisse Mühsimmung bricht sich — ohne besondere Unterschiede zu machen — betreffs aller Bergwerkspapiere Bahn. — Die internationales Speculations-Effeten zeigen sich vorübergehend steigend und behaupteten bis zum Schluß einen etwas höheren Courstand als Sonnabend; Geschäft entwidelt sich nur in Credit und Lombarden, während Franzosen mehr verlaßlich blieben. (Die General-Versammlung der lombardischen Eisenbahnen ist nicht verlegt worden, sie findet im Mai statt). — Die Depots sind ziemlich unverändert geblieben, für die genannten drei Papiere bezieht sich derselbe auf 70 Pfennige. — Von einheimischen Speculationswerthen schwanken Commandir pr ultimo zwischen 171—2 $\frac{1}{2}$ —2 (Kafe 172,10), man übertrug sie glatt auf Mai, Dortmund Union holte Käse und ultimo 24 $\frac{1}{2}$, Depot $\frac{1}{2}$, Laura 111,40, pr. ult. 111,60—111,40, Depot $\frac{1}{2}$. Von Oester. Nebenbahnen zeigten sich Galizier, auf Minbereinahme, etwas matter, Nordwest war dagegen in guter Haltung. Türk. und Italiener bedingen unbedeutend mehr, Oester. Loope hielt sich, Amerik. blieben still; für Orl. Russen fehlten Abgeber, in russischen Bahnen machten sich mancherlei Umfragen, 4 $\frac{1}{2}$ % Russische neueste Anleihe 94,50. Deutsche und Preußische Bonds liegen bei matter Tendenz Leben vermissen; von Prioritäten gilt Gleisches, 4 $\frac{1}{2}$ % Potsdamer und 5% Hamburger waren am Markt, in 4 $\frac{1}{2}$ und 5% Bergischen zeigte sich etwas Umsatz; Weißbauer-Wiede blieben zu besserem Course verlaßlich, von fremden Prioritäten sind Kaschau, Nordost und Oester. Nordwest, Goldprior. (89 $\frac{1}{2}$) hervorzuheben; für Gottgard gab sich weniger Neigung fund, russ. Priorit. sind sehr fest. Eisenbahnen hielten sich meist recht gut, von leichtem war in Oberhessen und Nale, auch in Dresden und Grajewo etwas Geschäft; Bergische verkehrten mehrfach zu etwas erhöhter Notiz, Oberhessische hielten sich; — Tilsiter und ostpreuß. Stamm-Prioritäten zogen etwas an. Banken blieben leblos ohne rückgängige Bewegung, deutsche Hypotheken, deutsche National, Medlenburger Hypotheken, Bosener Prov.-Wechsler, werden uns als nicht unbeachtet bezeichnet. Von Industriewerthen drückte sich Berl. Eisenbahnb. abermals, Norddeutsche zog an, für Königberger Vulcan und Wöhler, auch Lindenbauberein zeigte sich Frage; von Bergw. waren hibernia offert. Um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr. Bei festem

Schluß: Credit 431,50, Lombarden 253, Franzosen 550,50, Disc.-Commandit 172, Dorn. Union 24 $\frac{1}{2}$, Laurahütte 111,25. Depots: Credit 60 Pf., Lombarden 75 Pf., Franzosen 85 Pf. (Bank- u. H.-B.)

Bien, 26. April. [Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn] betrugen in der Woche vom 16. bis zum 22. April 170,510 Fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Minder-Einnahme 72,596 Fl.

[Zuckerberichte.] Magdeburg, 24. April. Rohzucker. Im Laufe der Woche kamen einige größere Restpartien an den Markt, die zu unregelmäßigen, meist etwas höheren Preisen und verschiedensten Bedingungen wegen Zieles und freien Lagers Nehmer fanden. Umsatz ca. 27,000 Ctnr., darunter ein anscheinlicher Theil Nachprodukte.

Von raffinirtem Zucker gingen ca. 26,000 Brode und ca. 5000 Ctnr. gemahlene Waare zu vollen letzten Preisen um. Einzelne beliebte Sorten gemahlener Zuckers fanden mehr Beachtung.

Halle, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden 450,000 Kilo umgesetzt, die theilweise bis 0,50 M. höhere Preise bedangen.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Braunschweig, 24. April. Rohzucker. Auch in dieser Woche erfuhr das Geschäft keine Veränderung und das Angebot beschränkte sich nur auf wenige Partien, die durchschnittlich zu vollen letzten, in einzelnen Fällen auch etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen wurden. Der Umsatz betrug ca. 12,500 Ctnr.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Sittin, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden nicht statt raffinirte Zuckern fest bei gutem Absauge.

Syrup geht nur für den Consum ab, Kopenhagener 22,50 M. tr. gef., Englischer 21 M. tr. gef., Sandis 13,50—15 M. gefordert, Stärke 16—17 M. gefordert.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Königswusterhausen, 24. April. Rohzucker. Auch in dieser Woche erfuhr das Geschäft keine Veränderung und das Angebot beschränkte sich nur auf wenige Partien, die durchschnittlich zu vollen letzten, in einzelnen Fällen auch etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen wurden. Der Umsatz betrug ca. 12,500 Ctnr.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Wien, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden nicht statt raffinirte Zuckern fest bei gutem Absauge.

Syrup geht nur für den Consum ab, Kopenhagener 22,50 M. tr. gef., Englischer 21 M. tr. gef., Sandis 13,50—15 M. gefordert, Stärke 16—17 M. gefordert.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Königswusterhausen, 24. April. Rohzucker. Auch in dieser Woche erfuhr das Geschäft keine Veränderung und das Angebot beschränkte sich nur auf wenige Partien, die durchschnittlich zu vollen letzten, in einzelnen Fällen auch etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen wurden. Der Umsatz betrug ca. 12,500 Ctnr.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Wien, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden nicht statt raffinirte Zuckern fest bei gutem Absauge.

Syrup geht nur für den Consum ab, Kopenhagener 22,50 M. tr. gef., Englischer 21 M. tr. gef., Sandis 13,50—15 M. gefordert, Stärke 16—17 M. gefordert.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Königswusterhausen, 24. April. Rohzucker. Auch in dieser Woche erfuhr das Geschäft keine Veränderung und das Angebot beschränkte sich nur auf wenige Partien, die durchschnittlich zu vollen letzten, in einzelnen Fällen auch etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen wurden. Der Umsatz betrug ca. 12,500 Ctnr.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Wien, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden nicht statt raffinirte Zuckern fest bei gutem Absauge.

Syrup geht nur für den Consum ab, Kopenhagener 22,50 M. tr. gef., Englischer 21 M. tr. gef., Sandis 13,50—15 M. gefordert, Stärke 16—17 M. gefordert.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Königswusterhausen, 24. April. Rohzucker. Auch in dieser Woche erfuhr das Geschäft keine Veränderung und das Angebot beschränkte sich nur auf wenige Partien, die durchschnittlich zu vollen letzten, in einzelnen Fällen auch etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen wurden. Der Umsatz betrug ca. 12,500 Ctnr.

Raffinirter Zucker. Brode sowohl wie gemahlene Zucker verkehrten auch in dieser Woche in der bisherigen matten Haltung.

Wien, 24. April. Rohzucker. Bei im Allgemeinen unveränderter Gesamtstätte wurden nicht statt raffinirte Zuckern fest bei gutem Absauge.

Syrup geht nur für den Consum ab, Kopenhagener 22,